

Grundsatzartikel über die Teilrevision des Zürcherischen Sozialhilfegesetzes, ca. 6000 Zeichen umfassend, Abgabetermin am Dienstag, 23.1.2007, 10.00 Uhr

Der Kantonsrat verabschiedete am 15. Januar 2007 in seiner 1. Lesung die Teilrevision des Zürcher Sozialhilfegesetzes. Auslöser dieser Teilrevision sind die neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), welche im Kanton Zürich per 1. Oktober 2005 in Kraft gesetzt wurden. Mit den neuen SKOS Richtlinien werden einerseits die Ansätze des Grundbedarfs abgesenkt, andererseits wird aber auch ein Anreizsystem für kooperative Sozialhilfebezüger geschaffen. So können Personen, die an Integrations- und Arbeitsprogrammen teilnehmen, ihren Grundbedarf mit selbstverdienten Mitteln aufstocken. Neben diesem Anreiz zu Arbeit wird dadurch auch eine Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess gefördert.

Diese moderate Verschärfung des Sozialhilfegesetzes und die neue äusserst sinnvolle Stossrichtung wird durch die SVP begrüsst. Dies heisst aber nicht, dass die nun vorhandenen gesetzlichen Grundlagen zukünftig für alle Fälle genügen. Die konsequente Bekämpfung des Missbrauchs im Fürsorgewesen muss auch in der nächsten Legislaturperiode des Zürcher Kantonsrates ein Ziel sein.

Die Entwicklung im Schweizerischen Sozialwesen ist äusserst beunruhigend, ja erschreckend. Seit geraumer Zeit werden wir permanent mit stark steigenden Zahlen sowohl bei den Sozialfällen wie auch bei den Kosten konfrontiert. In einer solchen Situation besteht auch nach der erfolgten gesetzlichen Berücksichtigung der SKOS Richtlinien weiterhin ein grosser Handlungsbedarf. Die Fürsorge darf sich nicht schleichend zu einer neuen und zusätzlichen Sozialversicherung mit Rechtsanspruch entwickeln. Aus diesem Grunde müssen die Ursachen für diesen äusserst negativen Trend gründlich untersucht und auch effizient bekämpft werden. Um es aber klar festzuhalten: Berechtigte soziale Unterstützung ist unbestritten, bekämpft werden nur der Missbrauch und Übertreibungen.

Neben konjunkturell bedingten Ursachen mit zu wenig Arbeitsplätzen müssen aber auch die schwindende Familiensolidarität, die zunehmende Anonymität in unserer Gesellschaft, die ansteigende Bequemlichkeit, das überbordende Konsumverhalten, die verfehlte Drogenpolitik, falsche Anreize bei der Integration von Ausländern und vieles anderes mehr genannt werden. Es sind dies viele offene Fragen und ungelöste Probleme, die eine Ursache dafür sind, dass wir mit der Fürsorge ein immer grösser werdendes Problem vor uns herschieben müssen.

Es sind rasch umfassende und weitergehende Korrekturen im Sozialwesen und -verhalten einzuleiten. Die zum Teil erschreckende Anspruchshaltung unserer Gesellschaft im Bereiche der sozialen Leistungen muss durch weitergehende, richtig gesetzte und korrigierende Anreize und Auflagen des Staates vermindert werden. Der Wiedereinstieg in das Berufsleben wird nur ungern angestrebt, wenn gewisse Empfänger von Sozialhilfe das Sozialamt als Selbstbedienungsladen entdeckt haben. Insbesondere Jugendliche unterliegen in zunehmendem Masse dieser Versuchung. Die Erziehung, delegiert an den Staat, die Kuschelpädagogik an den Volksschulen, die lockere Verordnung von Therapien, die Verhätschelung von Randgruppen etc. sind jedenfalls keine geeigneten Schritte in die richtige Richtung. Dieser Weg der „Gutmenschenpolitik“ ist auf vielen Strecken gescheitert; Abhilfe bringen unseres Erachtens nur griffige Massnahmen auf Gesetzesesebene.

Die Zürcher Regierung strebt Verbesserungen im Sozialhilfegesetz an, um dem anhaltenden Trend der dramatisch steigenden Fallzahlen und Kosten entgegenzuwirken. Diese Verbesserungen und Verschärfungen scheinen uns aber nicht ausreichend. Obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt und die Zahl der offenen Stellen zunimmt, konnte der herrschende Trend - der Gang zur Sozialhilfe – noch nicht zufriedenstellend gebremst werden. Die nach wie vor

steigenden Fallzahlen sprechen eine andere Sprache und weitergehender Handlungsbedarf ist dringend nötig.

Im Asylbereich werden seit einiger Zeit griffige Verschärfungen und Einschnitte umgesetzt. Damit wurden – trotz anderslautenden Beteuerungen der Linken – beträchtliche Erfolge erzielt.

Die SVP fordert aus diesem Grunde (über die Verabschiedung der aktuellen Änderungen hinaus) auch im Sozialhilfegesetz noch weitergehende Verschärfungen. Diese sollen vor allem auch auf Verordnungsebene und an der Basis in den Gemeinden und Städten erfolgen und schwerem Gewicht der Bekämpfung des Missbrauchs dienen.

Soziale Missbräuche gibt es in unserem Staat zur Zeit noch etliche. Die SVP unterscheidet dabei zwischen dem *aktiven* Missbrauch und dem *passiven* Missbrauch.

Beim aktiven Missbrauch wird gestohlen und betrogen! Diese Sozialbezüger, vergiften das soziale Klima und schaden der Sozialhilfe enorm. Für diese Fälle braucht es keine gesetzlichen Erweiterungen des Sozialrechts, sondern die konsequente Anwendung des gültigen Strafrechts.

Etwas schwieriger wird es im Bereiche des passiven Missbrauchs, dem Griff in die Staatskasse, ohne dass ein echtes Bedürfnis dafür vorliegt. Dieser Missbrauch kostet Unsummen von Geld und darf nicht mehr weiter toleriert werden. Aus diesem Grunde will die SVP im Kantonsrat in der nächsten Legislaturperiode folgende vier Punkte zur Sprache bringen und korrigieren:

1. Konsum auf Kosten der Allgemeinheit

Bereits vor einem halben Jahr forderte die SVP mit einem Postulat im Kantonsrat die Gemeinden auf, im Sozialbereich wirksamere Kontrollen (beispielsweise mit Sozialinspektoren) einzusetzen.

Solange eine zu hohe Quote von Sozialhilfeempfängern mit dem Auto und dem Handy in der Hand die Leistung in bar beziehen, handeln wir sicher falsch. Solange zu den Grundleistungen der Krankenversicherungen noch Zusatzversicherungen bezahlt werden (in der Stadt Zürich sind diesbezügliche Bestrebungen im Gange), läuft einiges schief und solange wir teure Wohnungen oder sogar Hotels im Sozialangebot führen, stimmt das dafür vorhandene System nicht. Im Sozialhilfebereich hat Luxus keinen Platz. Hier ist Handlungsbedarf.

2. Therapiestaat Schweiz

Weiterer Handlungsbedarf liegt im Bereich der Massnahmen, insbesondere Therapien und Heimplatzierungen. Man bekommt das Gefühl, dass nur das Teuerste gut genug sei. Auch diese Ausgaben werden im sozialen Bereich verbucht. Die Gemeinden sollten diesbezüglich gegenüber dem Kanton Rechenschaft ablegen müssen, denn immerhin finanziert der Kanton einen beträchtlichen Teil davon. Geht man wirklich sorgfältig genug mit den Steuergeldern im Bereich der Massnahmen, Therapien und Fremdplatzierungen um?

3. Ausländerbereich

Viele Ausländer beziehen Sozialhilfe, obwohl sie kaum zwei bis drei Jahre in der Schweiz wohnen. Dies geht aus einer Antwort einer Anfrage der SVP hervor. Auch dieser Trend muss gebrochen werden, indem Ausländern, die weniger als zehn Jahre in der Schweiz ansässig sind, von der Sozialhilfe nach SKOS ausgeschlossen und auf ein Minimum für die Existenz gesetzt werden. Wir sind nicht gegen Ausländer, die sich in das Arbeitsumfeld integrieren, aber wir sind gegen diejenigen, die unser soziales Netz ausnützen wollen. Die Zuwanderung zum Sozialstaat muss gestoppt werden.

4. Arbeit soll attraktiver als Sozialhilfe sein

Der vierte Punkt ist die Motivation zur Arbeit. Nach wie vor sind verschiedene Sozialsysteme für die Bezüger interessanter als eine Wiedereingliederung in die Arbeitswelt.

Aus der Antwort auf die Anfrage der SVP bezüglich der Zusatzleistungsempfängern ist ersichtlich, dass gewisse Bezüger mit Sozialleistungen heute besser „verdienen“, als dies mit früherer Arbeitsleistung der Fall war. Wo liegt hier ein Anreiz zum Ausstieg aus der Sozialhilfe? Solange die Sozialhilfe für viele Personen attraktiver ist als ein gewöhnlicher Job, werden sie mit Sicherheit ihren Lebensunterhalt nicht mit Arbeit finanzieren.

Fazit

Unser Staat muss die Sozialausgaben in den Griff bekommen. Die SVP des Kantons Zürich wird mit verschiedenen Massnahmen und politischen Forderungen in der nächsten Legislatur des Zürcher Parlaments neue Lösungsansätze zur Bekämpfung des Missbrauchs aufzeigen.

Claudio Schmid, Kantonsrat
Bülach

25. Januar 2007